

# Neue Paderer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Geschäftsstelle  
Petrikauer-Strasse Nr. 15.  
Telephon Nr. 283.

Inserate kosten: Sachverständige Nonpareille oder deren Raum 40 Mk., Stellengesuche 30 Mk., Ausland 4 Mk., deutsche Währung, Restant u. Inserate im Text od. auf der 1. Seite (dopp. so breit) 18000, Ausland 16 Mk. (deutsche) Raum der Nonpareille, Einzel. 200 Mk., v. Korrespondenz. Bei Anfertigung u. Druck 5% Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Maßlichkeit gut platziert, es können aber besondere Anweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dabinnehenden Retra-  
— Inseratannahme durch alle Annoncen-Büros.

Nr. 330.

Sonntag, den 3. Dezember 1921.

20. Jahrgang.

## Zur Rede des Minister-Präsidenten in Posen.

In der vorliegenden Nummer der „Neuen Paderer Zeitung“ berichtet Herr A. D. die Rede unseres Ministerpräsidenten in Posen. Es muß beachtet werden, daß der Inhalt der Rede, welcher die Deutschen unseres Landes betrifft, in einem Teile des Staats gesprochen worden ist, der unter deutscher Herrschaft gestanden hat. Die Sehnsucht nach der früheren Regierung, die nach den Worten des Ministerpräsidenten bei den dortigen Deutschen noch vorhanden sein soll, wäre daher dort verständlich, wenn auch vom Standpunkte eines Ministerpräsidenten natürlich verwehrt. Wie haben ja auch oft genug darauf hingewiesen, wie eine solche Sehnsucht am erfolgreichsten bekämpft werden soll und bekämpft werden kann. Man lasse die Deutschen unseres Landes nicht fühlen, daß sie andersartig oder andersartig sind und behandle sie genau so, wie die Polen, dann löst die Sehnsucht allmählich ganz von selbst auf. Höchstens wird dann eine solche Sehnsucht nach jenseitigen von solchen Männern geschürt und aufrecht erhalten, die für ihre Ehre und für zweck persönlichen Vorteils ein Interesse daran haben. Viel Erfolg werden sie dann nicht finden.

Das hat alles auf unsere Stammesgenossen Bezug, die jetzt erst unter fremdherrlicher Herrschaft stehen sind. Wir Deutschen im ehemals russischen Gebiet haben von jeher unter fremdherrlicher Verwaltung gelebt. Wir haben uns in schlechten und guten Tagen unter Deutschen unter fremdherrlicher Herrschaft bewahrt und uns gewöhnt, uns einer solchen Herrschaft anzupassen. Von einer Sehnsucht nach der früheren Regierung ist die Rede kein Wort. Wir haben es uns i. B. übrigens schwer genug machen lassen, daß wir keine Reichsdeutsche, sondern nur in Westfalen sind.

Deshalb ist aber auch dieses Land hier, in dem wir geboren, aufgezogen und (hoffentlich) leben, unsere Heimat. Es ist ganz richtig, wenn Herr A. D. sagt, es sei uns noch niemals eingefallen, den Polen die Hausrecht in ihrem Lande abzusprechen. Es ist nur nicht hingewünscht, daß wir Deutschen hier im Lande das selbe Hausrecht haben, denn wir sind Kinder dieses Landes, das unsere Heimat ist. Das Hausrecht sprechen wir niemandem ab, aber wir selbst müssen auch ein Recht haben. Hier ist es auch das selbe Hausrecht, das die Polen haben.

Deshalb gerade ist es erforderlich, daß die nationalen Gegensätze bei und vorsichtig behandelt werden, damit sie an Schärfe verlieren. Jedes Aufbauschen und Schüren ist für beide Teile schädlich. Wie sind nun einmal zu wachen, nebeneinander zu wohnen und zu wirken, weil wir in demselben Hause wohnen müssen und das Wohl des Hauses bei den beiden Teilen zunutze kommt. Friede und Krieg zerfällt. Das gilt auch bei dem Nebeneinanderwohnen der Nationen in einem Staate. Wenn wir es wünschen, daß man es dort beherzigen und beherzigen soll, so müssen wir es auch ganz und gar selbst beherzigen!

Breite, unsere Rechte dürfen wir uns nicht nehmen lassen, müssen aber bei der Verteilung dieser Rechte darauf achten, daß wir andererseits nicht Bitterkeit hervorrufen.

A. D.-g.

## Moratorium oder Anleihe für Deutschland.

LONDON, 2. Dezember. (Pat.) „Westminster Gazette“ meldet, daß die englischen finanziellen Sachverständigen das Moratorium nicht für den besten Ausweg aus der finanziellen Situation Deutschlands halten. Sie erklären sich angeblich für eine langfristige Anleihe in Form von Obligationen, die von der Völkerliga garantiert und im Laufe von 30-40 Jahren abbezahlt werden sollen.

Paris, 2. Dezember. (Pat.) Bradburn, der englische Delegierte in der Entschädigungs-Kommission widerlegte in einem Interview mit dem Korrespondenten des „Intransigent“ die Gerüchte, wonach er der Initiator des Moratorium-Projektes für Deutschland sein und wonach er an der Konferenz mit Rathenau teilgenommen haben sollte. Die Deutschen, sagte Bradburn, drückten zwar in halb-offizieller Weise den Wunsch aus, ihnen einen Zahlungsaufschub zu gewähren, solche Vorschläge wurden jedoch der Kommission zur

Veratung offiziell niemals unterbreitet. Wenn eine solche Proposition auch einfließen sollte, so wäre die Erstellung eines Zahlungsaufschubs an Deutschland, nach meiner persönlichen Meinung, sagte der englische Delegierte, eine Niederlage nicht nur für die Entente, sondern auch für die ganze Welt. Ich meinerseits würde alles unternehmen, um einer solchen Eventualität vorzubeugen.

### Moratorium und Anleihe.

LONDON, 2. Dezember. (Pat.) Lloyd George, Chamberlain und Cecil hielten eine gemeinsame Konferenz ab, auf der sie die durch die Entschädigungsfrage entstehende Lage untersuchten. Aus offizieller Quelle wird gemeldet, daß die englische Regierung die Frage über die Gewährung unmittelbarer Anleihen an Deutschland nicht erwogen, sondern sich mit der Frage eines Moratoriums befaßt hat, worauf sie nur unter dem Druck der Finanzkreise eingegangen wäre. Die englische Regierung neigt dem Grundgedanken der Entschädigungskommission in natura in möglichst wenigen Jahren zu. England hat nicht die Absicht die Fragen der militärischen Sanktionen zur Sprache zu bringen.

und Bevölkerung von einander zu trennen, ist ein alterprober, aber nicht in jeder Lage geeigneter politischer Schachzug. In der jüngsten Geschichte findet er im Rahmen des großen Weltgeschehens eine Parallele. Noch jeder deutsche Mann und jeder ehemalige Belgier, an der Front verbannt, hat auf die Sprengelstände, mit denen der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, leichtgläubige Herzen lockte und betört, indem er ihnen in hochförmlichen Worten vortrug, daß seine Teilnahme am Kriege gegen Deutschland sich nicht gegen das Volk, sondern nur gegen das Oberhaupt erziele, ein Trauungsband, aus dem nur das Ergebnis von Verträgen zur rauben Erkenntnis der Wahrheit erwidern konnte. Solche Schlinge werden, hier im Kleinen angewandt, kaum mehr den Anspruch auf Wirklichkeit erheben können. Es wird Herrn Pomkowski nicht gelingen, erprobte Führer mit Rückgrat von ihren deutschen Mitbürgern zu trennen, um sich selbst die Fäden anzuziehen, mit denen er als Vertreter der deutschen Minorität verhandeln möchte. Was könnten das dann für Leute sein, sogenannte „Verständigungs“-politiker, deren schwaches Rückgrat notorisch ist, die man getrost aus dem Rahmen einer Nationalitätsangehörigkeit herausheben und einer besonderen Kategorie der „Mantelträger“ zuteilen kann, die vertretensvoll die Augen schließen, wenn sie Nichtsoziologischen reden müssen, und vorne noch „organisch“ stehen, während sie hinten schon den rauhen Teil eines Stiefels spüren. Gewiß man kann auch so in „Verständigung“ machen. Die wirkliche Verständigung aber, wie sie alle ernstehenden Führer des Deutschlands in Polen mit ehrlichem Herzen erstreben, bedarf doch wohl einer anderen Basis. Sie kann nur auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit erfolgen. Verfassung und Moratoriumsentscheidungen geben traglos den Deutschen die Möglichkeit, ihre Nationalität frei zu entwickeln — in dieser Behauptung irrt kein theoretisch Herr Pomkowski keineswegs — die Möglichkeit ist aber noch nicht latent, sie ist noch befangen in dem Dornengebüsch blinden Chauvinismus auf Seiten derjenigen, die Recht und Gerechtigkeit angewandten haben. Diese Hindernisse wegzuräumen ist das einzige Ziel eines „Kampfes“ von deutscher Seite, soweit von einem solchen überhaupt die Rede sein kann. Deshalb wird auch jedem, der den Protest der Deutschen in Polen gegen ihre Behandlung hier ruhig gelesen hat, aufgefallen sein, daß darin um weiter nichts gebeten wird, als um eine authentische Einlegung derjenigen Vertragsbestimmungen, die unter internationaler Mitwirkung zustande gekommen sind, wozu der Völkerbund durchaus berechtigt ist.

Herr Pomkowski möchte so tun, als wenn nicht erst unzählige Male der Versuch gemacht worden wäre, bei der polnischen Regierung selbst Abklärung der Ungerechtigkeiten zu erwirken. Aber hatte Ohren, ständig verschlossene Ohren führten die deutsche Minderheit schließlich auf diesen Weg zur Abwehr äußerster Not. Sie haben es nicht getan, trotzdem sie polnische Bürger geworden sind, sondern weil sie polnische Bürger deutscher Nationalität sind, die als freie Männer den Entschluß gefaßt haben, von ihrem Dornengebüsch keinen Gebrauch zu machen, sondern dort zu bleiben, wo ihre Heimat ist, und das zu bleiben, was sie geworden sind und also den empfinden Wunsch haben, sich ihr Leben unter den veränderten Umständen so erträglich wie möglich zu gestalten.

Aber es war noch ein anderer Boed, den Herr Pomkowski verfolgte, als er so leichtgläubig behauptete, es ginge den Deutschen vorzüglich, sie seien nur eine von so ditzplintosen und unverlässlichen Leuten geführte Volkswirtschaft. Er hatte nämlich

offenbar den Wunsch, sich dort von dem Bedacht der Deutschen nicht zu reinigen, wo man am stärksten den Vorwurf gegen ihn erhoben hatte, ein „Aktivist“, also ein wirtschaftlich, verständig denkender Politiker zu sein. Er wollte fraglos die polnische Richtung, den „Kaiser Pomkowski“ und seine Hintertreter verdammen und die Deutschen in Polen waren die Helotenden, die er zu dieser Veröhnungsfeier schickte. In Zabelstrei der an der handlungsreichen Seite getragenen Führerschaft sollten alle Kräfte erstehen, die aus früheren Reden des Ministerpräsidenten gelungener hatten. Wer heute aus Worten und Taten Pomkowski ein klares Bild sich zu schaffen vermag, der müßte zunächst fragen: Was gilt ihm eigentlich? Was in Polen gesprochen wurde, oder was er in Krakau und in Warschau sagte, wozu es doch so ganz anders klang? Eine reine Einteilung läßt sich nicht feststellen.

## Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 2. Dezember. (Pat.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts in Gegenwart der preussischen Minister erstattete der deutsche Bevollmächtigte für die Wirtschaftsbeziehungen in Oberschlesien Bericht über die Verhandlungen in Genf. Der Bericht fand allgemeine Anerkennung.

Berlin, 2. Dezember. (Pat.) Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, Grolander, ist als Mitglied der internationalen Abenteuervereinigung nach Frankfurt abgereist.

Genf, 2. September. (Pat.) Grolander erklärte sich mit der von der deutsch-polnischen Delegation gemeinsam gefaßten Resolution bezüglich der Belegung des Verhandlungsörtes nach Durchschießen einverstanden.

### In Oberschlesien.

Kattowitz, 2. Dezember. (Pat.) Die deutsche Regierung hat mit der Ueberfiedelung der deutschen Beamten aus dem polnischen Teile Oberschlesiens nach Deutschland begonnen.

Kattowitz, 2. Dezember. (Pat.) In Kattowitz haben deutsche Demonstrationen gegen die französische Truppenstationierung. Eine Delegation der deutschen Eisenbahner begab sich nach Dypelt, um die Entsendung der französischen Truppen zu verlangen. Sie erreichte jedoch nichts.

## Eine Kritik der Washingtoner Konferenz.

Wien, 2. Dezember. (Pat.) In einem Leitartikel unterzieht die „Pravda“ die Tätigkeit der Washingtoner Konferenz einer scharfen Kritik, indem sie behauptet, daß die Konferenz infolge der Abwesenheit Deutschlands und Rußlands keine erwünschten Resultate zeitigen kann. Der Artikel stellt dann fest, daß zwar die Vermeidung eines kompletten Chaos und eines neuen Krieges die Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung aller Völker und Staaten notwendig ist.

Eine Untersuchungskommission für China  
Washington, 2. Dezember. (Pat.) Die Untersuchungskommission, die im Auftrag der

Washingtoner Konferenz sich nach China begeben soll, um sich mit den dortigen Verhältnissen bekannt zu machen, besteht aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Hollands und Portugals.

## Tätigkeitsbericht der deutschen Abgeordneten im Sejm.

1.  
In den ersten Wahlen zum Sejm im Januar 1920 konnten sich nur die Deutschen aus dem früheren Kongreßpolen beteiligen. Es wurden dort für den Stadt- und Landkreis Lodz zwei deutsche Abgeordnete gewählt, von denen die Herren Joseph Spickermann und Oskar Friesel aus Lodz ihre deutschen Wähler im Sejm noch heute vertreten. Die Deutschen aus den übrigen Teilgebieten der Republik Polen (Pommern, Posen, Teschen, Böhmen, Galizien und Bukowina) hatten keine Vertretung im Sejm.

Am 2. Mai 1920 fanden die Wahlen zum Sejm für Nord- und Südpommern statt, und es wurden folgende deutsche Kandidaten gewählt:  
a) in Nordpommern die Herren Gustav Heide, Dirschau (Tegow), und Johann Splett, Puchin (Puch),  
b) in Südpommern die Herren Erwin Hasenbach, Schloß Weigau, Kreis Thorn, (Jamel Bierz-glowitz), Karl Daczko, Enchel (Zuchow), Albrecht Enders, Grandenz (Grandenz), Ernst Barzewski, Soldau (Dziadowo).

Am 7. Juni 1920 nahmen diese 6 gewählten Abgeordneten ihre Tätigkeit im Sejm auf. Sie vereinigten sich nach kurzer Zeit mit den zwei Herren aus Lodz zu einer Fraktion unter dem Namen „Deutsche Vereinigung im Sejm“ (Spjednoczenie Niemiecki w Sejmie). Da zu einer anerkannten Fraktion 12 Mitglieder gehören, wurde unsere Vereinigung nicht als Fraktion angesehen und erhielt auch keinen Sitz und keine Stimme in den Kommissionen, doch wurde uns ein Sitz zum Senatoren-Konvent eingeräumt und ein Klubzimmer, jetzt Nr. 30 im Sejmgebäude, überlassen. Den Vorschlag des Herrn Warkogel, sich einem anderen kleinen parlamentarischen Klub anzuschließen, um Sitz und Stimme in den Kommissionen zu bekommen, nahmen wir nicht an, da wir für die Abstimmungen in wichtigen Fragen freie Hand behalten wollten. Es stellte sich bald heraus, daß bei dem eigentümlichen Kräfteverhältnis der Stimmen im Sejm die deutschen Abgeordneten eine beachtenswerte Stellung einnehmen sollten. Das zeigte sich in auffälliger Weise zuerst bei der Abstimmung über die Verfassung in der Senatsfrage, wo wir nach langen Erwägungen für und wider mit den Parteien der Rechten und in jüngster Zeit, 16. November 1921, bei der Kabinettsfrage, wo wir mit den Parteien der Linken stimmten.

Die Tätigkeit der Vereinigung im Sejm richtete sich in erster Linie auf die rechtliche Klärung folgender Fragen:

I. Option. Als aus Anlaß der Bolschewistenjahre im Juni 1920 die zwangsweise Einberufung verschiedener Jagränge ins Meer erfolgte, erreichten wir bei dem Herrn Kriegsminister den Ertrag einer Verordnung, nach welcher die deutsch-stämmigen Herespflichtigen aus den ehemals preussischen Gebieten gelegentlich ihrer militärischen Ausrüstung die Befreiung vom Heeresdienst erzielten, wenn sie auf das ihnen nach dem Versailler Friedensvertrage zustehende Optionsrecht hinwiesen. Entgegen dieser Verordnung forderte später der Wojewode von Pommern und Ende Dezember 1920 auch der Kriegsminister zur Abgabe der Optionserklärung vor den Statisten auf, da die von der Militärbehörde abgegebene Erklärung nicht rechtmäßig wäre. Der Herr Minister der ehemals preussischen Gebiete hat uns die Befreiung genehmigt, die unter Zwang abgegebene Optionserklärung auf unseren Antrag hin für ungültig erklären zu lassen. Wir haben daraufhin ein Verzeichnis der Optionen kreisweise geordnet dem Ministerium in Posen eingereicht und um Aufhebung dieser Optionen ersucht. Eine Antwort hierauf ist uns zwar bisher nicht zugegangen, aber es ist in vielen Fällen die Zurücknahme der Option genehmigt, wenn dem Antrage an den Statisten eine Bestätigung des Generalkonsulats in Posen beigefügt wird, daß der Optant infolge der erzwungenen Option die deutsche Staatsangehörigkeit nicht wieder erworben habe. Demnach ist jedem Optanten die Gelegenheit gegeben, die von ihm erzwungene Option durch Vermittlung des zuständigen Kreisvereins der Deutschenbunde wieder aufheben zu lassen. Die von unangeordneten Verwaltungsbehörden angeordnete Anweisung der Optanten aus dem polnischen Staatsgebiet ist n. G. bisher in keinem Fall erfolgt.

II. Schule. Naturgemäß forderte das deutsche Schulwesen eines vollen Interesses und erregt es mit unserem Eintritt in die Abgeordnetenarbeit. Unheil droht den Schulen zu. Durch Verschärfung einzelner Schulverbände. Ueberweisung

## Ueber den Zweck von Pomkowski's Pofener Rede

schreibt die „Paderer Zeitung“: Der Ministerpräsident hat in Posen eine Rede gehalten, die man wohl als eine vorläufige Antwort auf die Beschwerden des Deutschbundes beim Völkerbundrate ansprechen darf. Man kann nicht behaupten, daß der Ministerpräsident sich bei seinen Ausführungen über den zu behandelnden Stoff besonders orientiert zeigte, wenn er behauptete, daß die deutsche Bevölkerung, die im Gebiete der polnischen Republik wohnt, alle Freiheiten genießt, die das republikanische und konstitutionelle System des polnischen Staats sämtlichen Bürgern zusichert. Er weiß also nicht, daß ein verfassungswidriger Sprachenparagraf in der Kommunalwahlordnung der deutschen Bevölkerung ihr Wahlrecht in unerhörter Weise gekürzt hat, er weiß nicht, daß entgegen den Urteilen der obersten polnischen Gerichte tausende von Domänenpächtern und Ausbedienten auf dem Verwaltungsweg vertrieben werden, er weiß auch nicht, daß immer noch einzelne deutsche Privatpersonen bedauernden Transaktionen ausgesetzt sind. Vielmehr war Herr Pomkowski auch sehr zujubeln darüber, daß er hiervon keine Kenntnis hatte, er hätte sonst nicht um solcher Unwissenheit den Spieß umkehren und der deutschen Bevölkerung warnen können, daß es eigentlich ihre eigenen Führer und Berater seien, die durch ihre staatszerstörerische Politik die Schuld an dem Unglück der an sich friedlichen deutschen Bürger seien. Die Böhmi, Führer

folgende Daten, in denen zahlreiche deutsche Kinder vorhanden waren, an benachbarte Plätze mit vornehmlich polnischen Schülern, wurde die deutsche Schülerzahl unter die vorgeschriebene Mindestzahl 40 herabgedrückt und damit der Fortbestand deutscher Schulen unmöglich gemacht. In jedem Falle haben wir gegen diese Gewaltmaßnahmen, die viele Schicksale umfassende, alleinbürtige und den Leuten lieb und vertraut gewordenen Verhältnisse zerstören, Einspruch bei den maßgebenden Behörden eingelegt, ohne freilich damit etwas mehr zu erreichen als den kühlen Bescheid, daß die Zahl der deutschen Schüler nachweislich unter 40 gesunken sei, und daß solche bisher deutschen Schulen nach den bestehenden Vorschriften auf Fortbestand keinen Anspruch mehr haben. Eine umfassende Denkschrift in dieser Frage überreichten wir dem Minister am 30. Juni 1920. Die höheren Schulen wurden durchweg in polnische umgewandelt, die letzten deutschen Schulklassen sind am 1. Dezember d. J. wohl bis auf wenige Ausnahmen aufgehört. Damit war die Notwendigkeit gegeben, deutsche Privatschulen zu gründen. Solches ist geschehen in Sempolno, Swiecie, Chelma und anderen Orten, nenerdings auch in Targowice und Gostynin. Große Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung der Schulräume, bei der die städtischen Behörden zugewiesene Räume Entgegenkommen bewiesen, geringere die Heranziehung der Schulkasse, weil 1. in den bei Auflösung der höheren Schulen freigesetzten Lehrern, 2. und solchen, welche insoweit Verweigerung des Dienstes aus dem Schuldienst entlassen wurden, genügendes Material zur Verfügung stand. Groß ist der Mangel an Volksschullehrern. Wir hoffen durch sorgfältige Bemühungen zu erreichen, daß der Widerstand gegen Bildung reichsdeutscher Lehrer allmählich überwunden wird.

Fortgesetzt hatten wir die Entwicklung der Schulfrage im Auge, von dem Streben geleitet, allen Fächern, wo immer sie in die Erziehung treten, mit voller Energie entgegenzutreten und, falls wir sie nicht abwenden können, wenigstens stetig anzulegen, daß die aus all polnische Minderheit in den zutreffenden Verträgen verbrieften Rechte als nichtig angesehen werden.

III. Kirchenfrage. Hierzu kann mit gewisser Befriedigung betont werden, daß die Kirchenfrage zum guten Teil für die Evangelischen unter Dach gebracht wurde. Wir betonen von vornherein, daß wir der katholischen Kirche alle Rechte, die sie für sich als nötig erachtet und beansprucht, weidlich gönnen und in dieser Richtung als unbedingt unparteiisch betrachten und demgemäß handeln werden. Wir laden aber ebenso nachdrücklich ein, daß wir für alle anderen religiösen Bekenntnisse das gleiche Recht beanspruchen, insoweit die absolute Freiheit der Entwicklung und Bekämpfung. Die Vorverhandlungen haben manchen in der Stille und doch heiß ausgefochtenen Kampf gezeigt, schließlich brachte die dritte Lesung der Konstitution die vorläufige Erlösung durch Annahme des Paragraphen 11 in folgender Fassung (Übersetzt):

Die Kirchen der selbständigen Minderheiten und andere gesetzlich anerkannte religiöse Gemeinschaften verwalten sich selbst nach eigenen Gesetzen, deren Befugnisse der Staat nicht verleiht, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, welche mit den Gesetzen in Widerspruch stehen.

Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf dem Gesetze, welche geregelt im Einkommen mit ihren gesetzlichen Vertretungen. (Repräsentationen).  
Damit sind wenigstens die Grundrechte der evangelischen Kirche, um die es sich hier und naturgemäß in erster Linie handelt, festgelegt, und zwar in der Weise, daß wir, wenn auch noch nicht ganz befriedigt und berechtigt, auf diesen Teil der Arbeit doch ohne bittere Enttäuschung zurückzublicken können. Not tut nur noch das kirchengesetz, in welchem das Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche genau bestimmt und damit die dauernd festgesetzte Grundlage geschaffen wird, auf welcher in der Verfassung gesicherte freie Aufbau der Kirche sich auch in wirtlicher Freiheit vollziehen darf.

IV. Domänenfrage. Das Vorgehen der polnischen Regierung gegen die deutschen Domänenpächter in Pommerellen und Polen hat uns außerordentlich viel beschäftigt. Der Herr Minister der ehemals preussischen Provinzialverwaltung hat uns wiederholt die mündliche Zusage gemacht, daß an den Pachterverhältnissen der Domänen bis zum Ablauf der Verträge nichts geändert werden sollte. Es wurde von den Domänenpächtern im Schreiben vom Dezember 1920, das gleichzeitig als Kündigungsschreiben gelten sollte, ein höherer Pachtzins verlangt, und sie sollten sich wegen des Abchlusses eines neuen Pachtervertrages mit den zuständigen Domänenabteilungen im Einkommen befinden. Dagegen sind sämtliche Pächter mit der Bildung eines höheren Pachtzins einverstanden erklärt, kam mit ganz geringen Ausnahmen ein neuer Pachtervertrag nicht zustande. Die ganze Angelegenheit wuchs sich langsam zu dem aus, was sie sein sollte: Entschädigung der Staatsdomänen, aus der wirtschaftlichen Frage wurde eine hochpolitische, Uebergriffe der lokalen Behörden wurden von uns regelmäßig festgehalten und die vorgesetzten Behörden versprochen, ohne daß an der Sache selbst sich etwas änderte. Heute schwebt der Prozeß der Pächter gegen den Fiskus in zweiter Instanz und der Ausgang ist ungewiß. Außerdem werden die Pächter exzidiert, ohne daß ihnen gestattet wird, das Inventar — ihre Eigentum — mitzunehmen oder zu veräußern, miewohl sogar die Besichte den Pächtern die freie Verfügung über das Inventar zugesprochen haben. Die Rechtskommission im Sejm hat die Verhandlung über die ganze Frage bis zum Ausgang des Prozesses hinausgeschoben.

Der Schluß dieses traurigen Kapitels in der Geschichte des Verhältnisses in Polen wird, selbst wenn die letzte Instanz den Pächtern Recht gibt, kaum zu Operation gelangen, Patient tot.

## Vor einem chinesischn-japanischen Kriege.

Paris, 2. Dezember. (Pat.) Die großen amerikanischen Wälder führen aus, daß die Welt in kürzester Zeit Zeuge eines riesigen Kampfes zwischen China und Japan sein werde. „N. Y. Herald“ fügt hinzu, einer der chinesischen Delegierten auf der Washingtoner Konferenz, dessen Namen das Blatt nicht angibt, hätte geradezu erklärt, der Krieg sei

das einzige Mittel zur Säuberung der in China infolge der japanischen Unterdrückung und Furchen entstandenen Atmosphäre. Es sei gar kein Geheimnis, daß der in China seit einigen Jahren tobende Bürgerkrieg das Werk japanischer Regierungsagenten ist.

## Unruhen in Wien.

Wien, 2. Dezember. (Pat.) Die Morgenblätter veröffentlichten ausführliche Berichte über die gestrigen Vorfälle. Aus diesen Berichten geht hervor, daß der erste Stadtteil am meisten verunsichert wurde. Kein Kaffeehaus blieb unversehrt. Im Hotel „Verstol“ versammelte sich der Volkshaufen zu einem Meeting. Die Zimmer wurden geplündert. Die Verurtheilten werden auf eine Mit-

hilfe Kronen berechnet. Im ganzen wurden 100 Personen verhaftet. Die „Arbeiterzeitung“ weist in einem Aufruf des Vorstandes des sozialdemokratischen Partei darauf hin, daß die gestrigen Vorfälle für die Regierung und für die besitzenden Klassen eine ernste Warnung sein sollten. Die Regierung ergriff für heute eine Reihe von Maßnahmen, um Wiederholung der gestrigen Vorfälle vorzubringen.

## Der Sejm.

Sitzung vom 2. Dezember.

Das Haus schreitet zur dritten Lesung der Gesetze über ärztliche Pragmatik und Kammern, wobei mehrere siphilische und meritorische Verbesserungen eingebracht werden. Beide Gesetze werden angenommen.

Bei dem Referat der Kommission für Wasserfragen über die Einbindung der Weichsel zwischen Warschau und der Mündung der Polica wurden zwei Verbesserungen über die Ausbesserung der vorhandenen Werke eingebracht. Die Resolution wird angenommen.

Es gelangt eine Resolution der Aufklärungs-Kommission zur Annahme, wonach die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz über die Verleihung von Rechten an die staatliche Schule für politische Wissenschaften in Warschau zu unterbreiten.

Die Regierung wird durch einen eingehenden Antrag aufgefordert, sich der durch den Kampf um die Vereinigung mit Polen geschädigten Bevölkerung Oberösterreichs anzunehmen.

Die Dringlichkeit des Antrages Boznicki in Sachen der unangerechten Besteuerung des kleinen und mittleren Landbesitzes wird beschlossen.

Finanzminister Michalski sagt, was irgend die Aufspaltung eingeführt wurde, kommen gewisse Unzulänglichkeiten vor, da ihre richtige Bemessung noch sehr schwierig ist. Er habe mildernde Anordnungen erlassen. Auch soll in Zukunft die formelle Seite bei der Bemessung der Steuer möglichst vereinfacht werden.

In 2. und 3. Lesung wird ein Gesetz in Sachen der Verträge über auf den Namen unterstellter Personen erwerbende Immobilien sowie den Verkauf von Gütern wegen konfessioneller und nationaler Beschränkungen angenommen.

Es wird darauf über die Dringlichkeit des Antrages bei. Zuerst anwortungsgleichung des früheren Ministers Barcei debattiert. Abt. Stanislo führt aus, die Oberste Kontrollkommission hätte bei der Untersuchung mehrere Daten gefunden, die nicht mit dem Interesse des Staates übereinstimmen und von persönlichen Interessen des ehem. Ministers geleitet waren.

Die Dringlichkeit des Antrages wird beschlossen und dem Reichsausschuß überwiesen.  
Nächste Sitzung am Dienstag.

## Aus dem Sejmkommissionen.

Warschau, 2. Dezember (Pat.) Die Kommission für den Wiederaufbau des Kanals des belgischen unter dem Vorsitz des Abg. Wjsocki in der nächsten Woche unter Beteiligung des Ministerpräsidenten sowie der Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten eine Konferenz abzuhalten, um sich über die Wünsche der Regierung in der Frage des ferneren Wiederaufbaus des Kanals zu informieren. Die Kommission sprach sich gegen die beabsichtigte Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten aus.

Die Kommission für Handel und Industrie beriet unter Dr. Diamantowicz Vorsitz über die Krise in der Industrie. Es sprachen die Abg. Kiedziakowski, Meyer, Ramiel und Pustowski. Der Leiter des Industrieministeriums Straßburger stellt fest, daß die Regierung die Industrie nicht nach staatliche Bestellungen unterhalten kann. Die Regierung sei damit einverstanden, daß die Industrie nach Russland zur Entwicklung der Industrie beitragen werde, und wäre bereit mit Russland und der Ukraine Handelsverträge zu schließen, sobald sie an der Verwirklichung des Kreditsatzes sei. Die polnischen Industriellen hätten erklärt, sie würden die Arbeiterlöhne nicht erhöhen, als bis die Preise für Artikel des ersten Bedarfs fallen würden.

Die Finanzkommission nahm unter dem Vorsitz des Abg. Ostel und Vorsitz des Finanzministers Michalski in einer gemeinsamen Versammlung die Beratung über Art. 8 des Gesetzesentwurfes bezüglich der Mittel für die Vertheuerung des Branntweins auf.

Referat Dr. Czerwinski teilt mit, daß der zum Ausschluß der Standpunkte der einzelnen Gruppen über diesen Artikel eingeleitete Austausch zu seiner Einigung gekommen ist. Artikel lautet: der Sejm kann ohne Einwilligung der Regierung und gleichzeitige Vertheuerung aber die Vertheuerung keine Änderungen beschließen. Der Referent schließt daher folgende Resolution vor:  
Gemäß der in dem Beschluß vom 21. November geäußerten Ansicht bestimmt der polnische Sejm, daß er bis zur Erlangung eines Ein-

## Von der evangelischen Kirche in Polen.

In verschiedenen ausländischen Zeitungen finden wir folgenden Bericht:  
epd. Geldnot und Not an Menschen drückt die polnische Kirche. Das Diakonissenhaus in Warschau hatte früher einen Jahreshaushalt von 250—300 Tausend Mark, jetzt sind es mindestens 17 Millionen, die aufgebracht werden müssen, aber die Gemeinden opfern mühsam eine Kirchensteuer von 10 v. H. der Staatssteuer ist die Regel, man hat leichter 400—500 v. H.

Aber auch die mitarbeitenden Menschen werden selten: alle deutschen Beamten sind abgesetzt und ausgewandert, ebenso 1/3 der deutschen Lehrer. Die deutschen Geschäftleute können sich nicht halten, viele Polaken verkaufen ihren Hof, weil ihre Söhne ausgewandert sind, um nicht im polnischen Heere zu dienen. Alle nach 1918 zugezogenen Ausländer werden entlassen und dürfen keinen neuen Gewinn beizubringen. Weithin sind Kerkere und Gebäuden verfallen; auch die Großgrundbesitzer werden der ihnen gemachten Schwierigkeiten überdrüssig und wandern aus. Viele Pastoren verlassen das Land, weil sie ihren Kindern hier keine gute Schulbildung mehr geben können. Infolgedessen gehen viele deutsche Volksschulen ein, denn für weniger als 40 Kinder wird keine gestattet, und den noch bestehenden fehlen meistens deutsche Lehrer; wo nicht der Pastor einspringen kann, umrichtet ein katholischer Lehrer oder eine eilig angeworbene Hilfskraft, auch das treiben viele Familien fort.

So schwinden die evangelischen Kirchengemeinden dahin und müssen vielfach zusammengelegt werden, ähnlich dadurch Pfarrsprengel von vielen Quadratmeilen entstehen. Von 65,000 Evangelischen in der Stadt Polen sind noch 10,000 übrig, die sich weiter vermindern. Sollen sie nun einzeln von ihren 6 schönen Kirchen an die Polen verkaufen? Das evangelische Konfessionsrat hat ungeheure Schwierigkeiten durch die Erweiterung seines Amtesbereiches auf die polnisch gewordenen Teile Ostpreußens, Westpreußens und von Westschlesien die gleichzeitige Annäherung sehr vieler kleiner Beamten. Der polnische Staat verlangt völlige Trennung von der preussischen Landeskirche und Anerkennung der evangelischen Kirche durch die katholischen Staatsbehörden. Dagegen die Evangelischen fordern kirchliche Selbstregierung und Zusammenhang mit dem geistlichen Leben aus der Verwaltungsgemeinschaften der preussischen Mutterkirche, der Verfolgung des preussischen Generalsynodes und den deutschen Universitäten.

Einem Einordnen von dem Verfahren der polnischen Behörden gibt die Auflösung der städtischen Mädchen-Mittelschulen in Bromberg. Die lebensfähig angestellten Lehrer erhalten in der Regel vom 1.—3. Oktober die schriftliche Nachricht, daß die Schule am 1. Oktober zu bestehen aufhört und der Lehrer aus dem Schulverhältnis entlassen wird; die Stadtverordnetenversammlung, welche über die Frage der Auflösung der Schulen beschließen sollte, stand aber erst bevor. Angehörig sind 1920 deutsche Schulkinder in Bromberg des Schulunterrichts beraubt, da fünf höhere Schulen geschlossen sind: Gymnasium, Derscherum, Derscherum, Knaben- und Mädchen-Mittelschulen. Die deutsche Bevölkerung von Bromberg ist von 92 auf 83 Prozent zurückgegangen.

Am 11. Oktober d. J. war das Predigerseminar in Polen eröffnet und zur Einweihung auch die Staatsbehörden eingeladen worden. Am 18. Oktober verfügte der Wojwode von Posen die Schließung des Seminars binnen drei Tagen auf Grund des preussischen Gesetzes vom 11. Mai 1873, obgleich gerade dessen Herr in Betracht kommende Bestimmungen durch Gesetz vom 21. Mai 1886 aufgehoben worden sind. Erst persönliche Vorstellungen des Konfessionsrats im Ministerium erreichten Aufhebung des Schließungsbeschlusses.

Auch in kleineren Dingen widerspricht der evangelischen Kirche viel Ungerechtigkeit, z. B. gegenüber die polnischen, katholischen Schwestern Ermäßigung der Eisenbahnpreise, die evangelischen nicht. Die Bestimmungen der Kirchenrechte, daß Mädchen, die nicht in der katholischen Kirche geschlossen sind, als Konkubinate und die Kinder als unehelich angesehen werden, wird streng gehandhabt; schon viele evangelische Frauen haben ihren Pfarrern erklärt, sie müßten katholisch werden, sonst würden ihre Mäntel aus ihren Stellen entlassen. Das ist ganz im Sinne des polnischen Staates, denn katholisch werden heißt, wie auch der einfachste Mann, so jedes Kind aus jenen Gegenden weiß, polnisch werden.

## Chronik u. Lokales.

Die Neklamierung des ausgeführten Gutes. Das Ministerium des Inneren beauftragte die Boyer-Wojewodschaft, daß der Termin zur Einreichung von Eingaben wegen Rückgabe des nach Russland oder der Ukraine ausgeführten Gutes bis 1. Februar 1923 verlängert wurde. Es liegt im eigenen Interesse der gefährdeten Personen, der Registrierung nicht fernzubleiben.

In Sachen der Tarife und Fahrpläne des Automobilverkehrs hat die Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten folgende Beschlüsse für die Unternehmer getroffen: 1) Die zur Verrichtung eingebrachten Tarife und Fahrpläne müssen von der Starostei nach vorheriger Bestätigung mit dem Postbehörden begutachtet sein; 2) Im Laufe eines Monats vom Datum der Tarifbestätigung des Unternehmers muß die Starostei von dem Besitzer der Konzession den von der Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten bestätigten Tarif und Fahrplan verlangen; 3) Jegliche Änderungen im Tarif oder Fahrplan muß zunächst den zuständigen Behörden zur Bestätigung unterbreitet werden.

Der Gemeindefeldbesitzer-Verband, der vom Landesverband der Bauernhilfe in der Provinz Westpreußen anerkannt werden sollte, hat die

nachricht im Budget der Republik, ohne Einwilligung des Finanzministers keine Ausgaben festlegen wird. Dieser Beschluß wird in dem Gesetz der polnischen Republik veröffentlicht werden.

Herrn Schlichter eine längere Disziplin, wobei auch der Finanzminister das Wort ergreift und seine Ueberzeugung zum Ausdruck bringt, daß wenn die Gesellschaft ein Diner bringen und die Diners zahlen werde, und die einzelnen Minister auf ihre Rechte im Bereiche des Budgets verzichten, dann müßte auch der Sejm ein Diner durch Einschränkung im Bereiche der Regierung bringen. Er hätte daher um Annahme der Resolution, da er diese für eine Bedingung seiner Arbeit halte.

Abg. Bl. Grawski empfiehlt die Annahme der Resolution und sagt, wie tollern zu werden sein, daß sich endlich ein Mensch fand, der die volle Verantwortung für die Finanzen übernommen hat. Die Resolution wird mit 88 gegen 18 Stimmen angenommen.

## Vor den Wilnaer Wahlen.

Wilna, 2. Dezember. (Pat.) Auf Beschluß der zeitweiligen regierenden Kommission wurde eine Kommission zur Ausarbeitung von Anordnungen in Sachen der Presse- und Versammlungsfreiheit, sowie der Sicherheit des Wahlorgans eingesetzt.

Wilna, 2. Dezember. (Pat.) In den hiesigen jüdischen Kreisen wird über das Verhältnis zu dem Wilnaer Sejm lebhaft diskutiert. Die Majorität ist gewillt, an den Wahlen teilzunehmen.

Wilna, 2. Dezember. (Pat.) Es wurde ein Dekret des Obersten Heeresrates von Mittel-Litauen über die Auflösung der Zivil-Kasernen bekannt gemacht.

Wilna, 2. Dezember. (Pat.) Das Wahlterrain wurde in 12 Wahlbezirke eingeteilt. Die Bezirks-Wahl-Kommissionen bestanden sich in: Szybiel, Swieciany, Konary, Dzymany, Toli, Wjot, Dmure, in Wilna (2 Kommissionen für den Kreis und 1 für die Stadt), in Lida, Wasiljoki und Biallaw.

Wilna, 2. Dezember. (Pat.) Heute wurde hier ein Dekret des Präses der zeitweiligen Regierungskommission vom 1. d. Mts. in Sachen der Wahlordnung für den Sejm in Wilna als Versammlung der Vertreter des Wilnaer Landes zur Willensäußerung der Bevölkerung veröffentlicht. Nach diesem Akt ist jeder ohne Unterschied des Geschlechtes, der vor dem 1. Januar 1921 das 21. Jahr beendete hat und in dem Maße der ständigen Bevölkerung der Kreise Wilna, Trog, Dzymany, Swieciany, Bracław und Lida, mit Ausnahme der auf dem linken Niemenufer gelegenen Gemeinden, eingetragen auf dem in Punkt 1 angegebenen Territorium geboren ist, oder seit mindestens 5 Jahren daseibst gewohnt und nicht in russischen Diensten gestanden hat, wenn er dort ein Eigentum besitzt und vor dem 1. Januar 1919 dort wohnhaft war, wenn er jetzt in Selbstverwaltung oder Regierungsinstitutionen tätig ist; wenn er vor dem 12. Oktober 1920 aus England dorthin übergesiedelt ist, oder von der Bezirkskommission das Recht dazu erhalten hat. Das Recht der Zugehörigkeit der im Akt 1 angegebenen Personen wird auch auf ihre Frauen ausgedehnt. Militärpersonen und Polizeibeamte sind nicht wahlberechtigt.

## Aus Russland.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) Am 25. Dezember wird der 9. Kongreß der Sowjets in Moskau eröffnet.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) Hier ist die diplomatische Vertretung Norwegens eingetroffen.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) Hier ist die Delegation des schwedischen Komitees des Roten Kreuzes eingetroffen. An der Spitze der Delegation steht Erik Ekstrand.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) Laut einem offiziellen Bericht kamen in Russland im Monat Oktober über 10,000 Lynch-Verurtheilungen vor.

## Ukrainisch-russischer Verkehr.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) Hier ist von dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion und dem ukrainischen Gesandten in Moskau ein Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen und die Option der Bürger beider Staaten unterzeichnet worden.

## Die Rinde aus den Gummerebieten.

Moskau, 2. Dezember. (Pat.) We aus der Baschkirepublik gemeldet wird, verlassen die Sowjetbeamten aus Anlaß der Verpflegungskrise ihre Posten und stehen nach den Dschirgaten mit besserer Seite aus die Baschkire nach dem Inneren Sibiriens.





Nach kurzem schweren Leiden entschlief sanft im Herrn am 1. Dezember gegen 12 Uhr nachts unsere innigstgeliebte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

# Gertrud Starke, geb. Wehle,

im 55. Lebensjahre.

Die Beerdigung der lieben Entschlafenen findet Sonntag, den 4. Dezember pünktlich um 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.



Tiefbetrübt bringen wir die Trauerbotschaft, daß es Gott gefallen hat, meinen innigstgeliebten Sohn, unseren Sohn, Bruder und Schwager

# Wilhelm Werner

im Alter von 32 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. — Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. ds. Mts. um 1 1/2 Uhr nachmittags vom Trauerhause Wobna-Strasse Nr. 21 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss u. Willen verschied am Mittwoch d. 30. November um 11 Uhr vorm. nach kurzen schweren Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere bergensgute Mutter, Schwester Schwägerin u. Tante

## Anna Kojalle Marks geb. Wisniewska

im Alter von 51. Jahren.

Die Beerdigung der lieben Entschlafenen findet Sonntag d. 4. Dezember um 1/2 4 Uhr. nachm. vom Trauerhause in Neu Gohrau, Rogórna 6 aus, auf dem neuen Friedhofe in Kottlice statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die **Druckerei** der **Neuen Lodzer Zeitung** Petrikauer-Strasse 15

empfehlenswert für Anfertigung allerhand

**Druck-Sachen**

wie Theater- und Konzert-Plakate, Todes-Plakate, Broschüren, Zeitungen, Preislisten, Prospekt, Briefbogen, Couverts etc. etc.

# ROCHORIE

der Fabrik Ferd. Bohm & Co., Włocławek

empfiehlt Engros das **Handelshaus Edmund Bogdański, Dzielnastr. 30.**

Lager- und Fabrikpreise!!

Das Büro ist von 8 1/2 bis 4 1/2 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung tätig.

Kirchen-Gesangver. d. St. Johannsgemeinde.

Sonntabend, d. 3. Dezember d. J. im Vereinslokale

## Probe-Singstunde.

Die Herren Sänger werden hiermit höflich aufgefordert, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Beginn der Singstunde pünktlich 7 1/2 Uhr abends.

Der Vorstand.

# Economique

neu konstruierter Küchenherd giebt 100% Heizungsersparnis.

Alleinverkauf bei **Gebr. Milker, Neuer-Ring 5.**

Christl. Commisverein z. g. u. Pastastr. Nr. 10.

Am Sonntag, den 17. Dezember findet um 3 Uhr die **außerord. Generalversammlung** im Vereinslokale statt. Tagesordnung: 1) Berichtslegung des Vorstandes, 2) Bericht des Kassierers, 3) Rechnungslegung, 4) Wahl der Mitglieder, die bis 10. Dez. dem Vorstande einzureichen sind. Sollte die Versammlung im ersten Termin nicht beschlussfähig sein, wegen ungenügender Besuche bis fünf Uhr am folgenden Tage um 9 Uhr im 2. Termine stattfinden und ist dann unabhängig von der Zahl der Gegenwärtigen, auf jeden Fall beschlussfähig.

Die Verwaltung.

# Stadtreisender,

d. h. d. Baumwollspinnereien und Fabriken auf eingehendste Weise per Lokort gesucht. Off. sub. 2 an die Exp. ds. Blattes erbeten.

# Teppiche!

Möbel in großer Auswahl, Metall-Bettstellen, Küchengeräte, Fischarmontur unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen im Möbelgeschäft **Petrikauerstr. 116, 1. Etage Front.**

# Büro-Möbel!

Hotel „Savon“ Trąnkustre. 6.

Dem gesch. Publikum stehen zur Verfügung

# Warme Bäder

für Gäste und Zugereiste.

Täglich von 5 bis 6 Uhr nachmittags

**Drogerie Arno Diefel, Petrikauer 157.**

Geschäftszeit morgens von 9-1 Uhr und nachm. von 3-7 Uhr

Sonnt. und Feiertage geschlossen.

# Perlmutter

geschliffen: Runde, Quadrats, Ovale und andere Formate

in plättchen — auf Gewicht

**L. Rüttger, Szkolna-Strasse 11,** nur zwischen 2 und 4 Uhr Mittags und Sonntags.

Guter Verdienst f. Wiederverkäufer.

Nur im 2-ten Hofe!

**Naffa** pro 1/2 Benzol u. Primus 45 Mk. — pro 1/2 85 Mk. —

**Maschinen-Öl** pro 1/2 125 Mk. — **Spindel-Öl** pro 1/2 70 Mk. —

von 20 Mk. an freie Zustellung ins Haus

# Ch. L. Berger

Pomorska (Srednia) No. 25.

Nur im 2-ten Hofe!

# „Czystość“

Piotrkowska Nr. 44.

übernimmt allerhand Reinigungsarbeiten von Fenstern, Fußböden, Ausräumen von Büro und Wohnungen, Verstopfen der Fenster mit Watte für die Winterzeit etc.

12309

verantwortlicher Redakteur A. Demian.

# Winter

Tücher, grosse wollene kosten jetzt 6.000 7.000

Flanell - Binsen 7.750

Reste in Flanell, Batist, Etamin, Cheviot etc zu halben Preisen bei

**Schmechel & Rosner**

Lodz, Petrikauerstr. 100

Filiale 160

Dr. med. **Wl. Polakowski**

Frauenarzt, Geburtshelfer ist zur Verfügung und empfängt zwischen 4-6 AL. Kosciuszki Nr. 53.

Dr. med. **Langbard**

Zawadzka 10. zurückgekehrt Haut- u. Geschlechtskrankh. Sprechstunden v. 5-8.

Spezialarzt **Dr. L. PRYBULSKI**

Haut- u. Haar-, venerischen Hautorgan- Krankheiten (Männerschwäche) von 9-1 u. 4-8 u. 4-5 für Frauen

Zawadzka-Strasse 1.

Das beste Weihnachtsgeschenk ist **WALDE** der Firma **„PROGRES“** der größten Wäschefabrik im Lande.

Dzielna-Str. 1, 1. Et. Beste Ausstattung. Billigste Preise Engros- Detailverkauf.

**Foki Mäntel**

sowie verschiedene Pelwaren um 60% billiger

Stroch. 56. 1. Et. 1. Stock. 56.

**Bücher**

alle Arten Bücher, Geschenkbücher u. Manuskripten in verschiedenen Sprachen sowie auch in russischer Sprache

Petrikauer 17. 1. Et. 1. Stock. 17.

1. Et. 1. Stock. 17.

# Gmielów

Glas- Porzellan- und Majolikawaren-Geschäft in Lodz, Petrikauer-Strasse Nr. 31, Teleph. 630

Spezialität:

# Tisch-Service

Gläser von 600 Mark ab das Dutzend.

Ermässigte Preise.

Założyciele

# LÓDZKIEGO BANKU DEPOZYTOWEGO,

Sp. Akc.

ogłasza się niniejszym, że Walne Zgromadzenie Akcjonariuszów

# ZEBRANIE ORGANIZACYJNE

odbędzie się w dn 13 grudnia r. b. o 7-0) wieczór w lokalu Centralnego Stowarzyszenia Kupców w. Łodzi przy ulicy Piotrkowskiej Nr 10. z następującym porządkiem dziennym;

1. Powiększenie kapitału zakładowego.
2. Otwieranie oddziałów Banku.
3. Budżet.
4. Wybór gazety miejscowej dla ogłoszeń obowiązkowych
5. Ustalenie liczby członków Zarządu i Rady oraz wybory do Zarządu Rady i Komisji Rewizyjnej.

Akcyonariusze, pragnący uczestniczyć w Walnem Zgromadzeniu, w myśl § statutu, winni złożyć swoje świadectwa tymczasowe na akcie w biurze założycieli, mieszczącym się przy ul. Piotrkowskiej Nr 5 (w dotychczasowym lokalu 3-go Łódzkiego Towarzystwa Wzajemnego Kredytu) **najpóźniej w dniu 6 grudnia r. b.**

Biurowe otwarte w dniu powzedziele od godz. 10 do 1 w. poł.